

Piraten Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

## Anfrage an den Rat und die Verwaltung der Stadt Göttingen

Piraten Ratsfraktion  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen

Ansprechpartner:  
Meinhart Ramaswamy  
0551 / 400-3078

Göttingen, 10.09.2015

### Anfrage

Am **17.10. 2014** hat der Rat der Stadt Göttingen beschlossen:

Der Rat setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz der Daseinsvorsorge und der Kultur- und Bildungspolitik ein.

Der Rat fordert von der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament, der Bundesregierung und der Landesregierung, darauf Einfluss zu nehmen, dass 1. die aktuellen Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz zu führen sind, 2. keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Landkreise vorgenommen werden, 3. die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen, 4. die Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen grundsätzlich zugelassen bleibt.

Am **14.3. 2014** hat der Rat der Stadt die Verwaltung beauftragt zu prüfen:

1. Welche Konsequenzen hätte das derzeit von der EU-Kommission verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA ( TTIP ) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) für die Stadt Göttingen, wenn die Annahmen von Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Vorsitzender des Bayerischen Städtetags), die in der Begründung aufgeführt sind, zutreffen? Im Vordergrund stehen hier die öffentliche Auftragsvergabe, kommunale Energiepolitik und Umweltschutz, sowie die Tarife und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten der Stadt Göttingen und der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe?

### Wir fragen :

1. Was konkret hat die Stadtverwaltung seitdem unternommen, den Beschluss vom 17.10.2014 umzusetzen?

2. Welche Maßnahmen hat die Stadt Göttingen bisher unternommen, um der beschriebenen Entwicklung entgegenzuwirken und diese öffentlich darzustellen?

3. Welche Maßnahmen zieht die Verwaltung weiterhin in Betracht, um folgendes zu verhindern: negative Auswirkungen der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels auf die Daseinsvorsorge für die Göttinger Bürgerinnen, z.B. in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Abfallentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung?

4. Was wurde bisher unternommen, um den Prüfauftrag vom 14.03.2014 umzusetzen?

5. Was hat die Stadt vor, um die Kampagne gegen TTIP/TISA gemäß der Beschlüsse unterstützend zu begleiten und die Bevölkerung über die Auswirkungen für Göttingen zu informieren?

Quastwanz